



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 197-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.462

Eingereicht am: 01.09.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Patzen (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in)
Ruch (Bern, GRÜNE)
Bühlmann (Bern, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Gleiche Bildungschancen für alle!

Der Regierungsrat wird beauftragt, Schul- und Materialkosten an den nachobligatorischen Schulen wie Berufsschulen, Berufsmaturitätsschulen, FMS, Gymnasien oder berufsvorbereitenden Schuljahr durch den Kanton zu finanzieren, anstatt sie den Schülerinnen und Schülern in Rechnung zu stellen, und so die Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen zu verbessern.

Begründung:

An den nachobligatorischen Schulen entstehen den Schülerinnen und Schülern Kosten: Dazu gehören einerseits Schulgelder (bspw. für das berufsvorbereitende Schuljahr sind das 1000 Franken im Jahr) oder Materialkosten (bspw. für einen Laptop). Diese Kosten sind für Familien mit tiefen Einkommen eine Herausforderung und können im Extremfall dazu führen, dass Jugendliche einen anderen Bildungsweg einschlagen müssen.

Begründung der Dringlichkeit: Die Kosten stellen jetzt schon für viele Jugendliche eine Hürde zur nachobligatorischen Schule dar. Je länger diese nicht durch die öffentliche Hand finanziert sind, desto mehr Jugendliche verzichten auf den Besuch einer nachobligatorischen Schule.

Verteiler
– Grosser Rat